

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

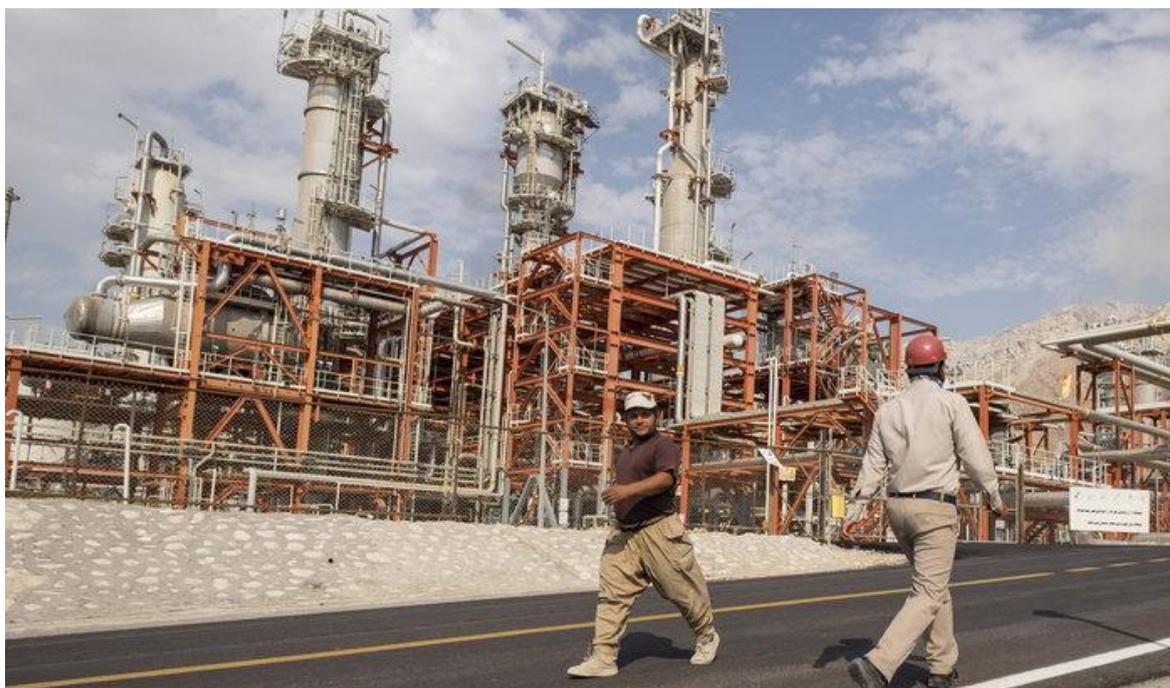
Ausgabe vom 22.05.2018

Von Knut Mellenthin

23.05.2018

Iran unzufrieden

Die EU verspricht Festhalten am Wiener Atomabkommen, droht aber selbst mit neuen Sanktionen



Warten auf westliche Investoren: Das »South Pars«-Gasfeld sollte vom französischen Energiekonzern Total ausgebeutet werden

Foto: Raheb Homavandi/TIMA/REUTERS

Iran ist mit den bisherigen Zusagen der EU zur Rettung des Wiener Abkommens (JCPOA) unzufrieden. Außenminister Mohammad Dschawad Zarif sagte am Sonntag, allein die »politische Unterstützung« der Europäischen Union für das Abkommen sei nicht genug.

Sie müsse »mehr praktische Schritte zur Fortsetzung ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Iran und zur Ankurbelung ihrer Investitionen im Iran unternehmen«. Die Versicherungen der Gemeinschaft, am JCPOA festhalten zu wollen, stünden nicht im Einklang mit dem angekündigten Rückzug mehrerer großer europäischer Unternehmen aus ihrem Iran-Geschäft.

US-Präsident Donald Trump hatte am 8. Mai den Ausstieg aus dem JCPOA bekanntgegeben. Alle Sanktionen, auf deren Anwendung Washington mit dem 2015 unterzeichneten Abkommen verzichtet hatte, sollen wieder in Kraft treten, ein Teil schon ab dem 6. August, die übrigen ab dem 4. November. Der französische Energiekonzern Total teilte daraufhin am 16. Mai mit, dass er alle Operationen im Iran einstellen werde, falls er keine Ausnahmegenehmigung der US-Behörden erhalten sollte. Total ist mit einer Anfangsinvestition von einer Milliarde US-Dollar an der Entwicklung des Gasfelds »South Pars« im Persischen Golf beteiligt, hat aber bisher nach eigenen Angaben nur 47 Millionen US-Dollar ausgegeben.

Die Ankündigung aus Paris hat den Iran besonders hart getroffen, denn mit einem Rückzug der Franzosen würde der einzige westliche Großinvestor wegfallen. Die iranische Energiewirtschaft hat aufgrund der jahrelangen Sanktionen einen riesigen Nachholbedarf an Investitionen. Vom JCPOA hatte Teheran sich einen Zufluss westlichen Kapitals erhofft, der aber ausgeblieben ist.

Auch die dänische Reederei Mærsk, die eine große Rolle im Öltankergeschäft spielt, will die Zusammenarbeit mit dem Iran aufgeben. Bestehende Aufträge würden noch abgewickelt, neue aber nicht mehr angenommen, hieß es am 16. Mai.

Die EU versucht, diesem Trend entgegenzuwirken, wie die Europäische Kommission am Freitag bekanntgab. Neben reinen Absichtserklärungen wurde auch beschlossen, »den formalen Prozess zur Aktivierung des Blocking Statute zu starten«. Unter dieser Bezeichnung existiert seit 1996 ein EU-Gesetz, mit dem die Gemeinschaft sich gegen Auswirkungen der US-amerikanischen Kuba-Blockade wehren wollte. Aber da es damals zu einer Einigung mit Washington kam, wurde das »Blocking Statute« niemals angewendet. Ob und wie es funktionieren könnte, ist ungewiss. Unter anderem soll das Gesetz es europäischen Firmen verbieten, sich an US-Sanktionen zu halten, und wird vielleicht Absicherungen und Entschädigungen in Aussicht stellen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Iran-Geschäft der EU gesamtwirtschaftlich betrachtet sehr gering ist. Bei Deutschlands Exportpartnern zum Beispiel liegt Iran mit nur 0,2 Prozent der deutschen Ausfuhr erst auf Platz 50. Vor diesem Hintergrund geht es beim

offenbar zunehmenden Widerstand der EU gegen die US-Sanktionen im wesentlichen um politische Widersprüche auf lange Sicht und nur am Rande auch um kurzfristige Wirtschaftsinteressen. Es scheint daher unwahrscheinlich, dass Brüssel bereits in den nächsten Monaten wirksame Schritte zur Abwehr der Wiederauflage der US-Sanktionen unternehmen wird.

Außerdem ist die Drohung der EU, eigene neue Sanktionen gegen Iran zu verhängen, nicht vom Tisch. Frankreich, Deutschland und Großbritannien fordern Strafmaßnahmen, um Teheran zur Aufgabe seiner Raketenentwicklung und seiner unterstützenden Rolle für die syrische Regierung zu nötigen. Ein entsprechendes Papier mit genauen Vorschlägen hatten die drei Regierungen Mitte März an die 25 anderen Mitgliedstaaten verschickt. Das Vorhaben scheiterte bisher lediglich am Konsensprinzip der EU. Zuletzt sträubte sich angeblich nur noch Italien.